

Der Sozialstaat hat verloren

Wolfgang Gerhardt, Gastkommentar für „Die Kirche“ (36/2008)

Soziale Kälte und ein Hang zum Einsatz der Ellenbogen – Vorwürfe wie diese haben sich die Liberalen häufig gefallen lassen. Was dabei immer wieder übersehen wird: Der Liberalismus macht das Individuum, anders als ihm vorgehalten wird, nicht zum Fetisch, er traut ihm nur deutlich mehr zu als dem Staat. Denn die eigene Verantwortung und das eigene Engagement ist das eigentliche Ethos der Solidarität.

Wie solidarisch die Gesellschaft hierzulande ist, zeigt kaum etwas so deutlich wie die große Zahl von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Was den Sozialbereich angeht, sind Caritas und Diakonie so etwas wie die natürlichen Verbündeten der Liberale: Beide sind ein Hort zivilgesellschaftlichen Bewusstseins, beide zeigen, dass sich die Gesellschaft auch jenseits staatlicher Institutionen gut zu helfen weiß.

Das ist gut so. Denn der Sozialstaat hat den Kampf gegen die Armut im Grunde verloren. Jeder sechste Bundesbürger gilt als arm, und das, obwohl jedes Jahr 700 Milliarden Euro staatlich umverteilt werden. Kosten und Nutzen stehen in keinem gesunden Verhältnis mehr. Wer das kritisiert, ist deswegen noch längst nicht ohne soziales Bewusstsein.

Wer den Menschen wieder effektiv helfen will, muss die alten Strukturen aufbrechen. Die Liberalen können sich dabei auf die Prinzipien Eigenverantwortung und Teilhabe berufen. Drei Bereiche sind besonders wichtig:

– Erstens die Arbeitsmarktpolitik. Ihren konzeptuellen Rahmen bildet das Bürgergeld. Es versteht sich als eine Art Existenzminimum, fasst alle steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammen und wird nur noch an einer Stelle ausgezahlt: beim Finanzamt. Damit wäre es mit den entwürdigenden Behördengängen endlich vorbei. Das Prinzip der Eigeninitiative berührt das nicht – mehr Motivation, mehr Arbeit und mehr Leistung müssen stets ein höheres Nettoeinkommen bedeuten.

– Zweites die Familienpolitik. Kinder sind ein Zeichen von Zukunftsoptimismus. Die Politik sollte ihn weiter beflügeln. Die FDP will das steuerfreie Existenzminimum für Erwachsene und Kinder auf einheitlich 8000 Euro heraufsetzen. Ziel ist es, dass eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen bis zu 40.700 Euro keine Steuern mehr zahlen muss. Das Kindergeld soll von monatlich 154 auf 200 Euro pro Kind angehoben werden. Vorschulische Einrichtungen sollten, wie die Schule selbst, nach meiner Überzeugung kostenfrei angeboten werden.

– Drittens die Gesundheits- und Rentenpolitik. Auch hier gilt: Soviel individuelle Gestaltungsfreiheit wie möglich, soviel kollektive Absicherung wie nötig. Jeder Bürger soll sich bei einem Anbieter seiner Wahl versichern, zu einem Tarif, der seinen Bedürfnissen entspricht. Dass sich jeder das medizinisch Notwendige auch leisten kann, wird über das Steuer- und Transfersystem

und damit durch alle gemeinsam sichergestellt. Jeder muss außerdem seine Alterssicherung selbst organisieren und den Eintritt in den Ruhestand selbst bestimmen dürfen. Der steigenden Lebenserwartung werden wir nur durch einen Mix aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge und einem flexiblen Renteneintritt gerecht.

Es liegt im Interesse keines Liberalen, wenn Menschen in Not geraten. Dem Menschen zu helfen, das eigene Schicksal wieder in die Hand zu nehmen, ist eine Frage der Menschenwürde. Kurzum: Das Prinzip der christlichen Nächstenliebe und die liberale Überzeugung sind nicht die Widersprüche, für die man sie gemeinhin hält.

Zum Autor:

Dr. Wolfgang Gerhardt MdB ist Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Zur Stiftung:

Vor 50 Jahren, im Mai 1958, gründete der damalige Bundespräsident Theodor Heuss eine politische Stiftung und gab ihr den Namen seines politischen Mentors Friedrich Naumann. Ihre Aufgabe zunächst: politische Bildung im Inland. Heute kümmert sie sich in über sechzig Ländern weltweit um den Aufbau demokratischer, rechtstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen.

Zu Friedrich Naumann:

Friedrich Naumann wird 1860 als Sohn eines Pfarrers in Störmthal bei Leipzig geboren. Er arbeitet zunächst in der Inneren Mission. Von 1907 bis 1918 gehört er dem Reichstag an. Nach dem Ersten Weltkrieg zählt er zu den Mitbegründern der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. Er stirbt 1919 in Travemünde.